



01.02.2025

Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

in dieser Woche hat sich die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz zum 80. Mal gejährt. Das Gedenken an all jene, die dem menschenverachtenden Regime der Nationalsozialisten zum Opfer gefallen sind, ist nicht nur ein Blick in die Vergangenheit. Es geht dabei auch stets darum, die Lehren dieser Zeit in Gegenwart und Zukunft zu tragen. Denn **#WeRemember** steht für den Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus und jede Form von Menschenfeindlichkeit! Wir werden niemals



vergessen. Nicht die rund sechs Millionen jüdischen Opfer. Nicht die ermordeten Sinti und Roma, Homosexuellen, politisch Andersdenkenden, Kranken und Behinderten und die vielen anderen Verfolgten. Für die SPD-Bundestagsfraktion und den Bundesvorstand der Lebenshilfe habe ich am Mittwoch Kränze an der Gedenk- und Erinnerungsstätte in der Tiergartenstraße 4 niedergelegt. Von diesem Ort aus wurde die Aktion T4 geplant und der Massenmord an über 70.000 Menschen mit einer körperlichen, geistigen oder psychischen Beeinträchtigung organisiert.

Auch am Mittwoch haben wir in einer bewegenden Gedenkstunde im Deutschen Bundestag an die Opfer des Nationalsozialismus gedacht und bewegende Reden von Bundestagspräsidentin Bärbel Bas, Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und dem Holocaust-Überlebenden Roman Markovich Schwarzmann, der uns eindringlich mahnte die Ukraine weiter zu unterstützen. ([Hier geht es zum Video der Gedenkstunde](#))

Dazu haben wir zwei Anträge beschlossen:

Einen, um die Aufarbeitung der "Euthanasie" und der Zwangssterilisationen während der nationalsozialistischen Diktatur zu verbessern, und einen, um Antisemitismus und Israelfeindlichkeit an Schulen und Hochschulen entschlossen entgegenzutreten. Für uns ist klar: Wir werden auch die nächsten 80 Jahre - und solange es notwendig sein wird - gegen all jene kämpfen, die meinen, dass die Lehren aus der Vergangenheit nichts in der Gegenwart zu suchen haben. Und uns allen entgegenstellen, die Hass und Hetze auf unsere Straßen, in unser Zuhause und in unsere Parlamente tragen.

Es war schwer auszuhalten, dass wir morgens im Bundestag an die Opfer der NS-Zeit gedenken und nachmittags die Rechtsextremisten an gleicher Stelle jubeln.

Denn die Union hat der AfD zur Macht verholfen. Dazu als entscheidende Stimme jenseits der demokratischen Mitte einen Antrag zu beschließen, der weder mit europäischem Recht noch mit unserem Grundgesetz vereinbar ist. [\(Hier gibt es ausführliche Informationen dazu.\)](#)

Noch vor wenigen Wochen hat Herr Merz selber darum gebeten, keine Einträge einzubringen, die eine Mehrheit nur jenseits der demokratischen Mitte finden. Sein Wort, nicht mit den Rechtsextremisten zusammen zu arbeiten, hat er gebrochen und damit großen Schaden angerichtet. Die Tür, die Herr Merz öffnet, wird nur schwer wieder zu schließen sein. Mit dem heute abgelehnten Gesetzesentwurf zur Asylpolitik hat die Union ihren Willen gemeinsam mit der AfD Politik durchzusetzen noch einmal bestärkt und über einen Gesetzentwurf abgestimmt.



Leider hat Herr Merz jetzt mehrfach den Tisch verlassen, an dem die demokratischen Parteien der Mitte mit ihm verhandeln wollten. Ein Verhalten, das andere vor die Wahl stellt, entweder ohne Verhandlungen abzustimmen, was die Union vorlegt, oder die Union stimmt mit der AfD zusammen, ist einer demokratischen Partei unwürdig. Unsere Demokratie lebt vom Kompromiss. Davon deutsches und europäisches Recht nicht vorsätzlich und wissentlich zu brechen. Ich bin froh, dass es, wenn auch wenige in der Bundestagsfraktion, so wenigstens in der Union auch viele Christdemokratinnen und Christdemokraten gibt, die diesen Weg nicht mitgehen.

Auch wenn die Sitzungswoche eine historische Zäsur war und vieles von dem, was geschehen ist uns noch lange beschäftigen wird, haben wir in dieser Sitzungswoche auch noch wichtige Gesetze beschließen können:

Mit einem Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsversorgung entlasten wir Hausärztinnen und Hausärzte und verbessern die Patientenversorgung. Die Budgets von Hausarztpraxen werden abgeschafft, sodass künftig alle Leistungen der allgemeinen medizinischen Versorgung vollständig vergütet werden. Zudem werden jahresbezogene Versorgungspauschalen für Hausärztinnen und Hausärzte eingeführt. Auch wird eine Pauschale eingeführt, um hausärztliche Grundstrukturen zu finanzieren. Wir erleichtern damit die Terminfindung, vermeiden überfüllte Praxen und stärken die hausärztliche Patientenversorgung gerade bei Hausbesuchen und in Pflegeheimen. Darüber hinaus erleichtern wir die Hilfsmittelversorgung von Kindern und

Jugendlichen mit einer Behinderung und machen damit betroffenen Familien das Leben leichter. Ich bin sehr froh, dass wir dieses Gesetz, das mir auch persönlich sehr wichtig war noch verabschieden konnten.

Gemeinsam mit allen demokratischen Fraktionen haben wir beschlossen, dass der Mutterschutz bei Fehlgeburten ausgeweitet wird. Eine Fehlgeburt ist immer eine große psychische und körperliche Belastung. Bisher galt der gesetzliche Mutterschutz erst für Fehlgeburten ab der 24. Schwangerschaftswoche. Mit dem Gesetz gilt er bereits ab der 13. Schwangerschaftswoche. Dadurch werden betroffene Frauen in einer solchen Extremsituation besser unterstützt und können sich in Ruhe regenerieren, ohne sich um eine Krankschreibung kümmern zu müssen, die im Zweifel vom Arbeitgeber sogar versagt werden kann. Wir führen gestaffelte Schutzfristen bei einer Fehlgeburt ein und geben so den betroffenen Frauen die Möglichkeit einer längeren Regenerationsphase. Die Dauer des Mutterschutzes soll bei einer Fehlgeburt ab der 13. Schwangerschaftswoche zwei Wochen betragen, ab der 17. sechs Wochen und ab der 20. acht Wochen. Während des Mutterschutzes haben Frauen grundsätzlich Anspruch auf Mutterschaftsgeld, um ihr Einkommen zu sichern. Arbeitgeber zahlen in der Regel die Differenz zum Nettolohn. Dies gilt in den nun vorgelegten Mutterschutzfristen auch im Falle einer Fehl bzw. Totgeburt.

In drei Wochen ist Bundestagswahl. Ich ermutige alle, sich genau anzugucken, was in den Programmen der Parteien steht. Das Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung hat beispielsweise in einem Vergleich dargestellt, welche Einkommen nach den verschiedenen Programmen wie stark steuerliche be- oder entlastet werden. [Diesen Vergleich gibt es hier](#). Wie das ganze Jahr über, bin ich auch in den nächsten Wochen wieder überall im Wahlkreis unterwegs. [Alle Termine gibt es hier](#). Ich freue mich über jede Anregung und jedes Gespräch!

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt